
Gegen die kapitalistische Rationalität Gespräch mit André Gorz

André Gorz, geboren 1924 in Wien, lebt als Schriftsteller und Philosoph seit 1947 in Frankreich.

Der folgende Text des Interviews mit André Gorz über sein neues Buch „Wege ins Paradies“ (Rotbuch-Verlag, Berlin) ist lediglich ein Ausschnitt. Das ganze Interview, das von Rainer Maischein und Martin Jander (Teamangehöriger beim Haus der Gewerkschaftsjugend Oberursel) im Oktober 1983 geführt wurde, ist in einer Broschüre enthalten, die die Abteilung Jugend des DGB jetzt herausgibt. Diese Broschüre enthält neben dem vollständigen Interview und einer Einführung in das Denken von André Gorz das Diskussionsprotokoll einer Tagung des Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. An dieser Arbeitstagung nahmen neben André Gorz auch Bernd Rabehl und Daniel Cohn-Bendit als Referenten teil. Die Arbeitstagung, die sich anhand des letzten Buches von André Gorz „Abschied vom Proletariat“ (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt) mit Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus auseinandersetzte, ist als Versuch anzusehen, eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und „Neuen sozialen Bewegungen“ zu fördern. Die Broschüre kann beim Haus der Gewerkschaftsjugend (Königsteiner Str. 29, 6370 Oberursel) und bei der Abteilung Jugend des DGB (Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1) bestellt werden.

Frage: André Gorz, in Deinem Buch „Wege ins Paradies“ lieferst du eine Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft, die einen Zusammenbruch des Bestehenden prognostiziert. Du charakterisierst eine Zeit des Zerfalls der Gesellschaften, der Werte, der Hoffnungen, der herrschenden Ideologien und Krisenbewältigungsmodelle, der Reformen, ja der herrschenden Rationalität schlechthin: Die alte Ordnung kann nicht mehr fort dauern, der „Industrialismus“, so Dein Begriff, ist am Ende. Es ist eine Zeit der Verworrenheit und der Unbestimmtheit. Was fehlt, ist der große Entwurf. Dies alles ist mit großer Eindringlichkeit geschrieben, so daß man den Eindruck bekommt, die Wende habe eine ungeheure Dringlichkeit. Eigentlich erwartet man dann, daß man auch etwas über die politische Umsetzung erfährt. An Kritiken des Bestehenden, an Analysen, die zum Teil mit einem Dampfwalzeneffekt alles Bestehende niederwalzen, also reine Negation bleiben, mangelt es eigentlich nicht. Was fehlt, ist die Übersetzung von Analyse und Kritik in die Politik und in eine Bestimmung der Form der Politik, in der die Ziele erreicht werden sollen und können. Bei der Formbestimmung der Politik wiederum spielen Traditionen der Emanzipationsbewegungen eine große Rolle. Du berufst Dich in den „Wegen“ auf die Ziele der Arbeiterbewegung - aber so einheitlich scheinen

uns die Ziele und auch die Politikformen der Arbeiterbewegung nicht zu sein. Du berufst dich wohl eher auf eine syndikalistische Tradition, die für die deutsche Arbeiterbewegung, die stärker staatsfixiert war, beispielsweise nie eine große Rolle gespielt hat. Muß das nicht mitgedacht werden in einem Entwurf einer zukünftigen Gesellschaft? Hat ein Intellektueller, der Tendenzen und Entwürfe einer zukünftigen Gesellschaft beschreibt, nicht auch Verantwortung dafür, sie in eine politische Form einzubinden?

Antwort: Richtig, aber bei dieser Frage kommt mir zuerst Negatives in den Sinn. Es betrifft alle herkömmlichen Parteien und Organisationen. Keine appelliert an die nicht unmittelbar materiellen Interessen und Bestrebungen, an das Bedürfnis der Lohnabhängigen, der jüngeren Menschen, der Arbeitslosen und der Rentner oder Frührentner, etwas selbst machen zu können, d. h. sowohl zu erzeugen als zu tauschen oder einfach zu geben. Die einzigen, die sich des Bedürfnisses zu geben, sich hinzugeben, wertbezogen zu handeln annehmen, sind die Kirchen, die im Westen wie im Osten einen steigenden Zulauf, auch von Nichtgläubigen, registrieren. Diese Entwicklung scheint mir gefährlich: Das Geistige wird vom Politischen getrennt und wir haben unpolitische Werte und wertlose Politik. Bis dann eines Tages eine neue faschistische Partei auftaucht, die, wie die NSDAP, die Politik und die Politiker verwirft und an das immer mit Fremdenhaß verbundene Bedürfnis nach Größe, Selbstlosigkeit, Aufopferung, Disziplin, Einigkeit, Selbstrespekt appelliert.

Dabei wäre es gar nicht abwegig, wenn die sozialistischen Parteien und Bewegungen sich sowohl theoretisch als praktisch um einen Gesellschaftsentwurf bemühen würden, der die Überwindung des Kapitalismus, der vollzeitigen Lohnarbeit, der fremdbestimmten Warenproduktion vorsieht zugunsten von immer mehr freiwilliger, selbstbestimmter Zusammenarbeit für Ziele, die Selbstzweck sind, weil sie nicht Tauschwerte, sondern ästhetische, zwischenmenschliche oder Gebrauchswerte schöpfen.

Das Streben nach einer Gesellschaftsform, die den nichtökonomischen den Vorrang vor den ökonomischen Werten gibt, war von Anfang an die Triebfeder der Arbeiterbewegung: sie bekämpfte den Kapitalismus nicht nur wegen seiner Ausbeuterei, sondern zugleich, weil er Eigenarbeit und auf Gegenseitigkeit gründenden Austausch zugunsten des verfluchten Zwangs zur Lohnarbeit und zu Warenbeziehungen zerstörte. Der Wunsch, selbst zu erzeugen, nicht in allem von An- und Verkauf abhängig zu sein, sein eigener Herr zu werden, ist in der Arbeiterklasse bei weitem nicht erloschen und drückt sich bei mittleren oder höheren Angestellten noch offener aus, da sie mehr kulturelle, existenzielle Selbständigkeit haben. Das Thema „Weniger arbeiten, so daß alle arbeiten und besser leben können“ ist ebenso alt wie die Gewerkschaftsbewegung und wird gegenwärtig mit viel zu großer Schüchternheit wieder aufgenommen.

In „Wege ins Paradies“ versuche ich, Gewerkschafter und Sozialisten diesbezüglich anzusprechen und bin immer erstaunt, wenn sie das gar nicht bemerken. Was ich praktisch und taktisch vorschlage, ist ja in den üblichen Tariffrunden seit Jahrzehnten gebräuchlich: voraussichtliche oder mögliche Produktivitätssteigerungen im Tarifvertrag vorwegzunehmen, indem entweder entsprechend höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeiten (einschließlich Lebensarbeitszeit) gefordert werden. Unter den heutigen Umständen wird natürlich die Forderung nach sinkender Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich die wichtigste sein. Sie ist von kleineren Gewerkschaften in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, auch in einigen Betrieben in Frankreich, durchgesetzt worden. Ihre Verallgemeinerung kann aber nicht auf Betriebsebene oder in einer Industrie nach der anderen erreicht werden. Es bedarf vielmehr eines politischen Gesamtkonzepts und staatlicher Maßnahmen. Aber auch das steht in der sozialistischen Tradition.

Sozialisten müssen die „Senkung der Arbeitskosten“ als absolut unzulässig ansehen. Senkt man nämlich mit der Arbeitszeit auch die „Lohnkosten“, dann wird die Nachfrage weiter zurückgehen. Wegen fehlender Nachfrage werden die erhöhten Profite nicht wieder investiert werden, es sei denn in die immer billigere Automation, die den weiteren Abbau der Belegschaften nach sich zieht. Eine weitere Senkung der Beschäftigungsquote wird die Folge sein. Die Spirale geht so immer weiter nach unten, und zwar überall, so daß auch nicht mit steigendem Export gerechnet werden kann. Es gibt keinen kapitalistischen Ausweg aus der Krise.

Deswegen muß unbedingt mit dem Wertgesetz, mit der Marktbezogenheit, also mit der kapitalistischen Rationalität gebrochen werden: Das zum Leben genügende Einkommen muß von der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden unabhängig werden. Bedürfnisdeckung muß die unabhängige Variable, Arbeitszeit die abhängige werden. Auch das liegt grundsätzlich in der Tradition der Arbeiterbewegung. Nur ist das Ausmaß, in dem es geschehen muß, größer als vorher, so daß Quantität in Qualität umschlägt. Lebenslang gesichertes Einkommen bei sinkender Anzahl der im Laufe des Lebens geleisteten Arbeitsstunden wird bereits von reaktionären und auch liberalen Politikern und Volkswirtschaftlern vorgeschlagen, allerdings in einer Form, die die Erniedrigung, gesellschaftliche Ausmusterung und kulturelle Verelendung der Betroffenen bewirken muß.

Die Linke muß sich heute von der Rechten unterscheiden, was Zweck und Sinn des Bruchs mit dem Wertgesetz angeht. Rechte Politiker wollen immer die sogenannte Leistungsethik beibehalten und die nicht vollzeitig und unter Leistungsdruck Beschäftigten kärglich versorgen, aber aus der Gesellschaft aus-

schließen. Die Linke muß deshalb auch mit der Leistungsethik brechen. Das sollte ihr um so leichter fallen, als sie bereits für die Mehrheit der Erwerbstätigen sinnlos geworden ist und wegen der Automation zum allmählichen Verschwinden verurteilt ist. Im Unterrichts- und Gesundheitswesen, in der Verwaltung, aber auch in Prozeß-Industrien, kann Leistung überhaupt nicht gemessen werden. Sie hängt u. a. von der Reparaturanfälligkeit der Einrichtungen ab. Auch die Marktwirtschaft ist eine heilige Kuh, die angebetet wird, die aber in Wirklichkeit seit langem geschlachtet wurde. Wenn ich also vorschlage, ein lebenslänglich gesichertes Einkommen - unter der Voraussetzung natürlich, daß die notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit in bestimmten Quoten geleistet wird - durch die Besteuerung der maschinell und durch Roboter automatisch erzeugten Güter und Dienste zu finanzieren, ist das nur eine Weiterentwicklung dessen, was bereits geschieht. Unser Preissystem ist bereits weitgehend ein politisches, nicht mehr ein durch Angebot und Nachfrage bestimmtes. Alles Lebensnotwendige und alles gesellschaftlich Nötige, von den Agrarprodukten bis zum Transportwesen und zur Krankenpflege ist subventioniert, alles durch Automation verbilligte oder entbehrliche - z. B. Autos, Mineralölprodukte, Alkohol - ist hoch besteuert. Diese sogenannten Mehrwert- oder Umsatzsteuern hindern die Feststellung der realen Entstehungskosten nicht und auch nicht den Export, da sie von den Exportpreisen abgezogen werden können.

Auch die Entwicklung von Selbstbetätigungsmöglichkeiten, von Werkstätten, die, für alle zugänglich, jedem manuelles wie kulturelles Schaffen erlauben; Basis-Genossenschaften, in denen in freiwilliger Zusammenarbeit lokal gearbeitet oder erzeugt werden kann - solche Einrichtungen, in denen die freigeordnete Zeit kreativ verwendet wird und neue gesellschaftliche Beziehungen auf Gegenseitigkeit, Hilfsbereitschaft, Zugehörigkeitsgefühl gegründet werden können, sind durchaus in der Tradition der sozialistischen Bewegung und könnten sowohl von Gewerkschaften als auch von Linksparteien wenigstens im Ansatz als Veranschaulichung des politisch Möglichen bald verwirklicht werden.

Das Recht auf Arbeit kann nicht mehr mit dem Recht auf vollzeitige entlohnte Anstellung gleichgesetzt werden, und auch das Recht auf Einkommen nicht mit dem Recht auf Lohn. Das ist der springende Punkt. Marktproduktion durch Lohnarbeit muß zweitrangig werden, wenn wir aus Krise und Kapitalismus zugleich hinaus wollen.

Heißt das, daß die Voraussetzung aller politischen Freiheit die Wiedererlangung der Selbstbestimmungsmöglichkeit über das individuelle Leben ist? Die Wiedererlangung von Kultur, von Produktion und Konsumtion wird zur Grundlage einer freien Gesellschaft?

Sicherlich. Nur kann es keine Selbstbestimmungsmöglichkeit über das eigene Leben geben, wenn nicht auch das gesellschaftliche Leben, der Verkehr mit den anderen, in weitem Ausmaß selbstbestimmt ist. Das Verlangen nach Selbstbestimmung, nach Autonomie, kann sich heute nur negativ ausdrücken: durch das Zurückziehen ins Familien- und Privatleben. Arbeit und Gesellschaft bleiben im Bereich der Fremdbestimmtheit. Wichtig ist der Ausbau mikrosozialer Arbeits- und Lebensgemeinschaften: Sie sind die fehlenden, aber notwendigen Vermittler zwischen den Bereichen des privat Individuellen und des Gesamtgesellschaftlichen. Freigesetzte Zeit hat nur Sinn, wenn sie zur freien Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen und des Zusammenwirkens genützt werden kann.

Wenn die politische Linke z. B. nicht imstande ist, die Mikroelektronik für diese Ziele zu nützen, wird diese zur zwangsmäßigen Verinnerlichung der Fremdbestimmtheit eines jeden genützt werden: zur Selbstüberwachung, Selbstnormalisierung, Selbstprüfung mit Hilfe von Heimcomputern - also staatlich bezahlter Konsum von Computerprogrammen. Das Einkommen kann davon abhängig gemacht werden, daß regelmäßig Selbstprüfungen bestanden werden. Die Alternative heißt: mehr mikrosoziale Selbstgestaltung und Selbstbetätigung oder stärkere makrosoziale Unterdrückung und Entfremdung.

Was bedeutet Dir das Politische? Welchen Begriff des Politischen hast Du?

Im Politischen überdecken sich zwei verschiedene Dinge: einerseits die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen und der Umwelt durch die Bürger; andererseits die Verwaltung und Beherrschung der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge. In der sogenannten bürgerlichen Gesellschaft geht es um das erste. Die Entfremdung und Verselbständigung der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge führt aber dazu, daß das zweite überwiegt: Politik wird Regierungssache, d. h. es geht hauptsächlich darum, wer die staatlichen Verwaltungsapparate und die großtechnologischen kollektiven Einrichtungen verwaltet und wie das geschieht. Die bürgerliche Gesellschaft stirbt ab; Staat und Regierung fressen sie auf.

Das Politische kann nur in einer demokratischen Form, d. h. als Betätigung der Bürger, weiterbestehen, wenn es keine seiner zwei Aufgaben zugunsten der anderen aufgibt. Der Ausbau der bürgerlichen Gesellschaft kann nicht das totale Absterben des Staates bedeuten - sonst müßten wir in eine Welt von Stämmen und Dorfgemeinschaften zurück. Aber der Staat und seine zentralen Verwaltungsapparate sind viel zu unüberschaubar und groß geworden und müßten zugunsten eines größeren Spielraumes für dezentrale, mikrosoziale

Selbstverwaltung abgebaut werden. Die Mikroelektronik kann dabei behilflich sein, weil sie sowohl Dezentralisierung wie Kommunikation erleichtert und Zeit freisetzt.

Zur Frage der Verdrängung der Lohnarbeit durch die technische Entwicklung: Dies ist ein nach Deiner Meinung sehr wünschenswerter Prozeß, der die Banalisierung der Produktion möglich macht und die Identifikation des Produzenten mit seiner Produktion, die Du als konservatives Element im Arbeitsprozeß kennzeichnest, das die Produktions- und Gesellschaftsordnung wesentlich stabilisiert, beseitigt. Es ist also nicht nur so, daß die produktive Arbeit beseitigt bzw. marginalisiert werden kann, sondern sie soll es nach Deinem Entwurf auch.

Was weitgehend beseitigt werden kann und soll ist nicht die produktive Arbeit, sondern die lohnabhängige und fremdbestimmte. Selbstbestimmte Tätigkeiten können ja auch produktiv sein, wenn auch nicht im kapitalistischen Sinn von „Mehrwert schöpfend“: sie schöpfen eher ästhetische und Gebrauchswerte als ökonomische Werte. Und darum geht es. Der Vorrang des Ökonomischen ist nicht mehr als zweihundert Jahre alt und verursacht eine Art allgemeiner Schizophrenie, denn jeder empfindet im täglichen Leben, daß ökonomische Werte moralisch und ästhetisch wertlos sind und umgekehrt: Zuneigung, Liebe, Zärtlichkeit, Kinder, Haustiere, Landschaften haben überhaupt keinen ökonomischen Wert und werden von der Industrie auch den wirtschaftlichen Erfordernissen geopfert. Aber sobald die Menschen von der Arbeit nach Hause kommen - bei der Arbeit sind sie eben nicht zu Hause - wollen sie eine künstliche Nische haben, wo diese nicht-ökonomischen Werte vorrangig sind. Dabei wären sie eigentlich mit Arbeit nicht unvereinbar - mit der auf größtmögliche Rentabilität abzielenden Lohnarbeit sind sie es allerdings nicht.

Insbesondere die Freisetzung von Zeit erlaubt die Erweiterung des Bereichs, in dem sowohl Nötiges wie Wünschbares in einer Weise erzeugt werden kann, die die Arbeitswerte mit den ästhetischen und moralischen wieder vereint. Die Kehrseite der Beseitigung eines großen Teils der fremdbestimmten Lohnarbeit ist, daß diese Beseitigung eine sehr hohe Produktivität voraussetzt, die die Banalisierung der vergesellschafteten Arbeit erfordert. Daß dem Individuum der Inhalt dieser banalisierten Arbeit „gleichgültig“ wird und es sich nicht mehr persönlich mit ihm identifizieren kann, ist eine Tatsache, die Marx als für eine fortgeschrittene sozialistische Gesellschaft als kennzeichnend ansah. Die Identifizierungsmöglichkeit mit dem Arbeitsinhalt ist durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung und Spezialisierung für mehr als 90 Prozent der Lohnabhängigen bereits unwiederbringlich verschwunden. Wir haben also nicht die Wahl zwischen Identifizierung mit dem Inhalt der Lohnarbeit und deren Abbau, son-

dern zwischen verschiedenen Möglichkeiten, diesen sich bereits vollziehenden Abbau zu verteilen. Für eine moderne Linke müßte die Variante selbstverständlich sein, die die Freisetzung von Zeit allen zugute kommen läßt, indem u. a. die Bedingungen und Beziehungen innerhalb der Lohnarbeit neugestaltet werden, andererseits allen selbstbestimmte Tätigkeiten ermöglicht werden, mit denen man sich identifizieren kann. Natürlich erfordert das die Außerkraftsetzung der kapitalistischen Rationalität. Aber es ist beweisbar, daß diese durch weitgehende Automation ohnehin ausgelöscht wird und nur in Scheinformen überleben kann. Irreal sind also meine Vorschläge nicht.

Verlangt der Bruch mit der herrschenden Rationalität, den Du in „Wege ins Paradies“ beschreibst, nicht auch eine neue Form von Politik? Wenn ja, wie sieht die aus? An welche Kräfte der Arbeiterbewegung versuchst Du zu appellieren?

Über die neue Form von Politik hätte Dany Cohn-Bendit, den ich überaus schätze, wahrscheinlich mehr zu sagen als ich. Er ist eine der möglichen Verkörperungen dieser neuen Formen wie auch der Moral der Freiheit, wie sie im scharfen Bewußtsein der sie begrenzenden Unmöglichkeiten gelebt werden kann.

Aber um diesen neuen Formen Vorbildlichkeit und Anziehungskraft zu verleihen, statt sie als „alternative Experimente“ zu isolieren, müßten sich verschiedene Stadtviertel samt ihrem Gemeinderat und eventuell eine Landesregierung der Sache annehmen, indem sie Vereinen, Wohn- und Arbeitsgemeinschaften, Genossenschaften usw. die Möglichkeit sichern, andere Lebens-, Produktions-, Tausch- und Verkehrsweisen zu veranschaulichen und allmählich zu erweitern. Zum Beispiel könnten verschiedene selbstorganisierte Formen von Fernarbeit, von Job-Sharing, von freiwilligen Nachbarschaftsdiensten usw. ausprobiert werden, sowie von Konsum- und Dienstleistungsgenossenschaften, Reparatur- und Eigenproduktionswerkstätten, und auch von echter Zeitsouveränität, wie sie etwa von der Regierung der Provinz Quebec (Kanada) eingeführt wurde: Die Beamten der öffentlichen Verwaltungen dort sind zu 140 Arbeitsstunden im Monat verpflichtet, können sich aber ihre Arbeit und Zeit bis auf minimale Beschränkungen einteilen wie es ihnen paßt.

Es gibt keinen rationalen, stichhaltigen Grund, warum nicht die SPD und die Gewerkschaftsbewegung das befreiende Potential neuer Technologien, Organisationsprinzipien und Lebensweisen erproben sollten. Wenn sie es nicht tun, werden es vereinzelt Unternehmer tun, allerdings mit ganz anderer Absicht: So stellt z. B. die sogenannte flexible Arbeitszeit nur ein scheinbares Zugeständnis an das Verlangen nach Zeitsouveränität dar, während sie in dieser

Form tatsächlich ein reiner Schwindel ist. Gerade weil wir an einer Wende angelangt sind, brauchen wir Laboratorien - Viertel, Gemeinden, mittelgroße Städte -, in denen neue Formen der Gesellschaftlichkeit und der politischen Arbeit erfunden, erprobt und ausgebaut werden. In den Niederlanden, in Dänemark und Kanada ist man diesbezüglich viel unvoreingenommener als in anderen Ländern. Dort fehlt meistens die theoretische Dimension. In unseren Ländern mag es mit der Theorie besser bestellt sein, aber die politischen Parteien versteifen sich meist auf einheitliche „regierungsfähige“ Konzepte, von denen sie Allgemeingültigkeit verlangen.

Einheitliche allgemeingültige Formeln gibt es aber nicht mehr. Die sich kulturell wie technologisch vollziehende Wende enthält den Keim einer polymorphen Gesellschaft, in der, wie in der Natur, viel herumgebastelt wird und Vielfalt eine Quelle von Reichtum und ständiger Weiterentwicklung, nicht von Zerfall sein kann.

In der Bundesrepublik wie auch in Großbritannien ist die Ausgangslage insofern prinzipiell nicht schlecht, weil Landesregierungen und Bürgermeister viel mehr Spielraum haben als etwa in Frankreich, wo alles vom Staatsoberhaupt gutgeheißen werden muß. Und SPD wie Labour Party haben nach wie vor verschiedene Strömungen und sind Tendenzen, die sie politisch und strukturell in Frage stellen, nicht ganz verschlossen. Ob sie wirklich erneuerungsfähig sind, kann ich aus der Ferne schlecht beurteilen, will es aber nicht ausschließen. Das Verständnis des Staates als der zentralen Instanz, die die Rahmenbedingungen für Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, für echte Zeitsouveränität, für Dienstleistungsgenossenschaften, für Eigenproduktion garantiert und allen das Lebensnotwendige zusichert, steht mit der sozialistischen Tradition ganz im Einklang.

Das Verlangen nach mehr freier Zeit, nach mehr Selbstbetätigungs- und Selbstentscheidungsmöglichkeiten wird bei den Lohnabhängigen immer stärker. Die Ausarbeitung einer „Zeitpolitik“, die die Freisetzung und kreative, auch gesellschaftliche Nutzung der wachsenden Freizeit fördert und durch soziale Einrichtungen ermöglicht, würde einem weitverbreiteten Verlangen entgegenkommen. Ist die politische Linke dazu nicht bereit und fähig, werden wir weiter in Richtung Selbstüberwachungsgesellschaft und duale Ökonomie mexikanischer oder japanischer Art fortschreiten.

Das ist sicherlich keine befriedigende Antwort auf die Frage. Aber wir befinden uns seit 15 Jahren in einem Gärungsprozeß, aus dem ständig Neues und Unerwartetes herauswächst. Wie die neuen Formen der Politik aussehen können, kann man unmöglich vorhersagen, solange die politische Szene von Par-

teien beherrscht und monopolisiert ist, die nur auf die Ausübung der Staatsmacht setzen und die Umformung, die Neugründung der Gesellschaft für unwesentlich halten. Ich gehöre zu den vielen, die der Meinung sind, daß es im wesentlichen auf das gleiche herauskommt, ob diese oder jene Partei „an der Macht“ ist, solange sich die Parteien in ihrer Fragestellung, ihrer Kurzsichtigkeit, ihrer Berufung auf veraltete Rezepte im großen und ganzen gleichen. Ob sich eine große traditionelle Linkspartei von innen her erneuern und neuen Strömungen öffnen kann, ob sie sich durch Spaltungen regenerieren muß, oder ob sie dazu durch die Konkurrenz mit einer neugegründeten, kleinen politischen Bewegung gebracht werden kann, ist schwer zu entscheiden. Es hat in England von 1780 bis 1830, also fünfzig Jahre gedauert, bevor die Arbeiterbewegung sich zu einer selbständigen politischen Kraft organisieren konnte.

Dies mag ja sein, fiel jedoch zusammen mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit der Industrialisierung. Innerhalb dieser gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse und Kämpfe hat sich die Arbeiterbewegung entwickelt und hat sie sich politische Organisationsformen und Programme gegeben. Deine Analyse und Prognose läuft ja eher auf einen Scheideweg, auf eine Entscheidung hinaus: Hier Freiheit und Selbstbestimmung - dort Selbstüberwachungsgesellschaft, aus der heraus Befreiung schlecht möglich ist, da der Mensch selber zur Ware geworden, gekauft ist. Deswegen die nachdrücklichen Fragen zur Dringlichkeit der von Dir aufgeworfenen Problematik: Es gibt ja kaum noch eine Zeitspanne für die Entwicklung von Politik bei der Rasanz, mit der die Ökonomie die Entscheidung fordert - wir werden in der Bundesrepublik bald drei Millionen Arbeitslose haben. Deswegen auch die bohrenden Fragen nach der Verantwortlichkeit des Intellektuellen für seine Analyse, für seinen Gesellschaftsentwurf. Muß dieser nicht in eine politische Form gegossen werden, wenn alles auf eine Entscheidung zutreibt? Wir kennen ja die Analysen und Entwürfe aus den zwanziger Jahren, die auf eine Entscheidung drängten. Entschieden und profitiert haben dann nicht die Autoren dieser Konzepte, sondern andere.

Ich stelle mir die Frage umgekehrt: Inwieweit kann ein Intellektueller seinen Analysen und Auffassungen unter den gegenwärtigen Umständen eine politische, eine auch politikfähige Form verleihen, ohne unglaubwürdig zu werden und ohne in die Diskreditierung der herkömmlichen Politik gezogen zu werden? Solange es keine Partei, Bewegung, Organisation gibt, die die notwendige Umkehr politisch um- und durchsetzen könnte, können sich Intellektuelle nur an die Menschen wenden, die innerhalb der bestehenden Bewegungen und Organisationen aufgeschlossen sind und in der gleichen Richtung suchen, ohne selbst durchzukommen. Die also die Notwendigkeit der Entscheidung so klar wie möglich darstellen und verhindern, daß die Problematik beiseitegelegt

wird. Mehr als die Diskussion zu nähren, in sie einzugreifen, können Intellektuelle nicht. Die Einsichten, die zu vermitteln sie sich bemühen, werden erst zum politischen Handeln führen, wenn der Druck der Geschehnisse eine sofortige Entscheidung aufzwingt und das Problem sozusagen auf die Spitze treibt. Gibt es in einer solchen Situation eine genügende Anzahl bewußter, politisch aktiver und entschlossener Leute, kommt etwas ins Rollen.

Wir wissen zum Beispiel seit 1945, was Atombomben sind, aber eine so bedeutende Anti-Atom-Bewegung wie heute hat es in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten bisher nicht gegeben. Durch die Dringlichkeit der bevorstehenden Entscheidung wurde das Problem auf die Spitze getrieben, wobei das Bemerkenswerte ist, daß die Bewegung sich zusammengefunden hat, obwohl oder gerade weil - sie keine positive politische Alternative - ja nicht einmal, was ich dann kritisieren würde, eine alternative Auffassung der Verteidigung zu bieten hat. Was sie bietet, ist etwas, das mit der herrschenden Rationalität bricht und wenigstens einen Teil der politischen Linken zu neuen Überlegungen zwingt.

Was die Weltwirtschaftskrise betrifft, stehen wir erst am Anfang eines langwierigen Prozesses, der noch einige Jahrzehnte dauern wird. Das Ärgste steht uns noch bevor, nämlich der finanzielle Zusammenbruch von verschiedenen Großbanken und möglicherweise auch von Staaten. Derartige Zusammenbrüche, oder die Mittel, deren Einsatz sie verhindern könnte, werden die Krise der Gesellschaft und der noch herrschenden Werte noch vertiefen. Die Samen, die von der Alternativ-Bewegung und von Vorschlägen und Theorien, die mit der herrschenden Rationalität brechen, gesät wurden, könnten sich dann schnell weiterentwickeln, bzw. könnten eine klare Abgrenzung der Fronten ermöglichen: auf der einen Seite die Befürworter einer Gesellschaft der befreiten Zeit und der wachsenden, von Geldwerten unabhängigen Selbstbetätigung; auf der anderen Seite die Befürworter des Krisenmanagements bei dualer Ökonomie und Selbstüberwachung. Damit kein Mißverständnis entsteht: Ich wünsche die Verschärfung der Krise und den finanziellen Zusammenbruch nicht deshalb, um so die Chancen einer Neugründung der Gesellschaft zu verbessern. Es ist umgekehrt: Weil es so nicht weitergehen kann und wir argen Entwicklungen entgegengehen, müssen wir uns über radikale Alternativen zum Bestehenden ernstlich Gedanken machen.